

Entwicklungspolitische Implikationen der VN-Konferenz "Rio plus zehn" in Johannesburg

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik unter der Leitung von **Armin Laschet MdEP** und des CDU-Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik unter der Leitung von **Kurt-Dieter Grill MdB**, vorgelegt von **Dr. Sebastian Paust**, vom 20. August 2002:

In Rio hatten sich 1992 Industrie- und Entwicklungsländer im Rahmen der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (VN) auf die Bestätigung des Zukunftsziels einer globalen nachhaltigen Entwicklung geeinigt. Mittlerweile wird dieses Ziel so definiert, dass es über die bloße Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des ökologischen Systems hinausgeht. Vielmehr beinhaltet das Ziel eine - auch soziale, ethische und ökonomische Dimensionen annehmende - Idee eines auf der Grundlage individueller Selbstentfaltung beruhenden menschenwürdigen Lebens sowohl für die heutige als auch für die zukünftigen Generationen.

Die Industrieländer hatten den Entwicklungsländern bei der Verwirklichung dieses Ziels ihre Unterstützung zugesagt. Dies bezog sich vor allem auf die Umsetzung der verschiedenen in Rio vereinbarten Konventionen, also die Agenda 21, die Rio-Erklärung, die Deklaration zum Schutz der Wälder sowie die Klima-, Artenvielfalts- und Desertifikationskonventionen.

Hintergrund hierfür war die Erkenntnis, dass Armutsbekämpfung, Bevölkerungswachstum und eine intakte Umwelt in den Entwicklungsländern in einem vielfachen und komplexen Wechselverhältnis stehen. Die wachsende Zerstörung der natürlichen Ressourcen gefährdet in dramatischer Weise die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Existenzgrundlage vieler Menschen, vor allem der Armen in den Entwicklungsländern. Und ein Leben in Armut zwingt häufig zu einer unumkehrbaren Übernutzung empfindlicher Ökosysteme, die im krassen Gegensatz zu einer nachhaltigen Entwicklung steht. Diese Problematik wird durch weiterhin sehr hohes Bevölkerungswachstum gerade in den Ländern mit der größten Armut erheblich verschärft.

Das Ziel nachhaltiger Entwicklung umfasst daher in den Entwicklungsländern die Reduzierung der Armut, die Ermöglichung von Wirtschaftswachstum, die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums in den Ländern mit bislang sehr hohem Zuwachsraten und die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der natürlichen Umwelt, wobei diese Teilziele nie alternativ, sondern stets gemeinsam zu verfolgen sind. Tatsache ist auch, dass nachhaltige Entwicklung nur im Frieden stattfinden kann. Kriegerische Konflikte und zerfallende Staaten machen Entwicklungsfortschritte zunichte. Eine auf Nachhaltigkeit abzielende Entwicklungszusammenarbeit muss daher auch gewaltsamen Konflikten vorbeugen, indem sie zur Entschärfung von Krisenursachen, zur Bewältigung von Krisenfolgen und zur Vermittlung von Mechanismen gewaltfreier Konfliktlösung beiträgt.

Bereits seit Mitte der neunziger Jahre werden die Klagen immer lauter, die den Industrieländern eine schwindende politische und finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer vorwerfen. Immer öfter wird auch darauf hingewiesen, dass die Umsetzungschancen von Nachhaltigkeitsstrategien in Entwicklungsländern nicht nur von internen Rahmenbedingungen, sondern zunehmend auch von externen Faktoren wie Überschuldung oder Handelsbeschränkungen abhängen. Besonders problematisch gestaltet sich die Erfüllung der finanziellen Zusagen des Rio-Gipfels von 1992. Im Mittelpunkt steht hier das sogenannte 0,7-Prozent-Ziel, also die Vereinbarung von Rio, seitens der Industrieländer 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsausgaben zur Verfügung zu stellen. Zu Recht verweisen die Entwicklungsländer auf die Diskrepanz zwischen damaligen Zusagen und konkretem Handeln der Industrieländer seit 1992. So hat beispielsweise die rot-grüne Bundesregierung den deutschen Entwicklungshaushalt seit dem Regierungswechsel beträchtlich gekürzt. Der Anteil des Haushalts des Entwicklungsministeriums am deutschen Bruttonationaleinkommen wurde damit auf ein historisches Tief von 0,23 Prozent

zurückgeführt. Deutschland ist mehr denn je vom 1992 auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung zugesagten 0,7-Prozent-Ziel entfernt.

Erhebliche Brisanz erhielt der Post-Rio-Prozess durch die in den neunziger Jahren an Geschwindigkeit gewinnende Globalisierung. Durch Zunahme der weltweiten Handelsaktivitäten und Industrieproduktion vergrößerte sie nicht nur bestimmte ökologische Probleme, sondern ließ auch die soziale Schere zwischen Arm und Reich zwischen den Erdteilen und vor allem in den einzelnen Ländern weiter denn je auseinander klaffen. Hieraus folgt die Erkenntnis, dass der Prozess der Globalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft der Industrie- und Entwicklungsländer unumkehrbar ist und gerade für die Entwicklungsländer sowohl Chancen wie auch Risiken in sich birgt. Immer mehr wird aber darüber nachgedacht, ob nicht zum Wohl der Menschen weltweit und zur Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung eine intensivere internationale Zusammenarbeit zur Schaffung einer Regelarchitektur für die Globalisierung unabdingbar ist.

Im Rahmen der Globalisierung haben Wirtschaftsunternehmen, die über nationale Grenzen hinweg auf globaler Ebene operieren, eine bedeutsame, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Machtstellung gewonnen. 51 der hundert größten Wirtschaftseinheiten der Welt sind heute nicht mehr Staaten, sondern Unternehmen, die nicht dem Gemeinwohl, sondern ihren Profitzielen verpflichtet sind. Sie können sich für jede Aufgabe den optimalen Standort frei aussuchen. Das kann bedeuten: Forschen in den USA, Entwickeln in Indien, Einkaufen in Thailand und Produzieren in Südafrika. Gerade in Entwicklungsländern, die dringend auf Auslandsinvestitionen angewiesen sind und über noch schwach ausgeprägte Strukturen von Demokratie und Zivilgesellschaft verfügen, kann das Risiko eines zuweilen schwer eingrenzbaeren und kaum durchschaubaren wirtschaftlichen und auch politischen Einfluss multinationaler Unternehmen kaum geleugnet werden. Nicht zu Unrecht hat das Entwicklungsprogramm der VN (UNDP) in seinem 11. Bericht über menschliche Entwicklung im Jahre 2000 darauf hingewiesen, dass nicht nur Regierungen und internationale Organisationen, sondern vor allem auch "globale Akteure" in Form weltweit agierender Konzerne eine hohe Verantwortung für die Beachtung ökologischer und sozialer Standards in reichen als auch in armen Ländern tragen.

Begrüßenswert ist in diesem Zusammenhang die von VN-Generalsekretär Kofi Annan im Jahre 2000 ins Leben gerufene Initiative eines "Global Compact", mit der er führende multinationale Unternehmen in einen Konsens zu weltweit gültigen Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards einzubinden plant. Ein weiteres positives Beispiel in diesem Zusammenhang ist die ECOSENSE-Initiative der deutschen Wirtschaft.

Die VN-Konferenz "Rio plus zehn" sollte als Forum genutzt werden, der "Global Compact"-Initiative neues Leben einzuhauchen und die Ausgangsbasis für einen internationalen ökologisch und sozial ausgeprägten Verhaltenskodex für multinationale Unternehmen auf Selbstverpflichtungsbasis zu schaffen. Aber auch die Maschinerie der internationalen Organisationen muss sich reformieren. Die internationale Arbeitsteilung zwischen den nationalen Gebern, den VN-Institutionen und Sonderorganisationen, der EU, der Welthandelsorganisation (WTO), den Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbankgruppe und den Regionalbanken ist ungenügend, die Entwicklungspolitik der EU widersprüchlich und ineffizient. Das Entwicklungsinstrumentarium der VN ist engagiert, aber zu schwach und unkoordiniert. Den VN-Organisationen fehlt es an den notwendigen Umsetzungskapazitäten auf Länderebene. Hier muss eine sinnvolle Zusammenarbeit der VN-Organisationen mit nationalen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit wie der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Betracht gezogen werden. Letztere verfügen über die erforderlichen Kapazitäten, das Know-how und die Erfahrungen vor Ort, um große internationale Entwicklungsprogramme zu managen. Die VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von 1992 hat uns eine Verantwortung auferlegt, der wir bislang höchstens ansatzweise gerecht werden konnten. Daher muss von der bevorstehenden VN-Konferenz "Rio plus zehn" ein neues Aufbruchsignal in Richtung einer internationalen Solidarität im Interesse einer globalen nachhaltigen Entwicklung ausgehen.

Die CDU Deutschlands fordert daher,

1. die auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey/Mexiko getroffenen Vereinbarungen zur Sicherstellung der Finanzierung einer globalen nachhaltigen Entwicklung so zügig wie möglich auf internationaler und nationaler Ebene umzusetzen.
2. gemeinsam mit den anderen Industriestaaten möglichst bald und umfassend die 1992 in Rio den Entwicklungsländern gegebene Zusage einzulösen, sie bei der Realisierung des Leitbildes einer globalen nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen. Dies betrifft vor allem die von den Industrieländern eingegangene Verpflichtung, Finanzmittel in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Der Abwärtstrend des Entwicklungsetats muss unverzüglich umgekehrt werden. Das von der EU für ihre Mitgliedsländer festgelegte Zwischenziel, bis 2006 mindestens 0,33 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, muss erreicht werden.
3. gemeinsam mit den anderen Industriestaaten die Entwicklungsländer noch intensiver als bisher dazu aufzufordern bzw. dabei zu unterstützen, selbst - zum Beispiel durch die Reform ihres Banken- und Finanzsektors - die notwendigen Ressourcen und Rahmenbedingungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zu aktivieren. Die Industrieländer müssen den Entwicklungsländern bei deren Bemühen zur Steigerung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und internationalen Konkurrenzfähigkeit mehr Unterstützung zukommen lassen. Viele Entwicklungsländer besitzen nicht die notwendigen Rahmenbedingungen, Strukturen und Kapazitäten, um in einer sich immer stärker globalisierenden Weltwirtschaft erfolgreich mit den Industrieländern konkurrieren zu können.
4. in der von der 4. WTO-Ministerkonferenz eingeleiteten neuen Verhandlungsrunde in enger Kooperation mit der EU-Kommission und den europäischen Partnerstaaten auf ein Verhandlungsergebnis hinzuwirken, das auch den schwächeren Mitgliedern der internationalen Staatenfamilie ermöglicht, an der Globalisierung mit den gleichen Rechten und Chancen wie die wirtschaftlich potenteren Länder partizipieren zu können. In diesem Zusammenhang ist der Prüfung einer internationalen Festlegung von ökologischen und sozialen Standards unter dem Dach der WTO bzw. der Herbeiführung einer Kohärenz zwischen den WTO-Handelsregeln und den internationalen Konventionen im Umwelt- und Sozialbereich hohe Priorität beizumessen.
5. die Entwicklungsländer auch weiterhin auf die elementare Bedeutung stabiler interner Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung und die Anziehung ausländischer Direktinvestitionen hinzuweisen und sie bei ihren Bemühungen um 'Gute Regierungsführung' in Form von Rechtssicherheit, Achtung der Menschenrechte, Stärkung der Bildungs- und Ausbildungskapazitäten und damit des Humankapitals, Infrastrukturverbesserung etc. intensiv zu unterstützen.
6. die Entschuldung vor allem der ärmsten hochverschuldeten Entwicklungsländer im Rahmen der Erweiterten Heavily Indebted Poor Countries (HIPC)-Initiative konsequent voranzutreiben. Hierbei ist bei der Erarbeitung der einer Entschuldung zugrunde liegenden Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs) und der Umsetzung der darauf basierenden Regierungspolitik der Entwicklungsländer auf eine hinreichende Prägung der Armutsbekämpfungspolitik in Richtung einer globalen nachhaltigen Entwicklung zu achten.
7. in ihrer entwicklungspolitischen Konzeption dem Umwelt- und Energiesektor eine noch stärkere Bedeutung zuzumessen und ihn als prioritären Kooperationssektor mit möglichst vielen Partnerländern zu vereinbaren. Ein Leben in Armut zwingt häufig zu einer unumkehrbaren Übernutzung empfindlicher Ökosysteme, die im krassen Gegensatz zu einer nachhaltigen Entwicklung steht. Deshalb sollte die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern nicht nur im Umwelt-, sondern auch im Energiesektor (Energieerzeugung und -versorgung) intensiviert werden und dabei insbesondere in netzfernen armen ländlichen Gebieten ein Schwerpunkt bei erneuerbaren Energien gesetzt werden. Darüber hinaus sollte durch Technologietransfer ein Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz in den Entwicklungsländern geleistet werden. Diese Maßnahmen sollten komplementiert werden durch entwicklungspolitische Aktivitäten zum Schutz und zur nachhaltigen

Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Böden, Wasser und biologische Vielfalt. Dabei ist stets auf die aktive und gleichberechtigte Beteiligung der lokalen und indigenen Bevölkerung an Planung und Umsetzung der Maßnahmen zu achten. Hervorgehobene Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang nicht nur der entwicklungspolitische Beitrag gegen die Desertifikation und zur Sicherung der globalen Süßwasserreserven, sondern vor allem auch zur Erhaltung der Tropenwälder. Die letzten großen Urwaldgebiete sind bedrohter denn je. Der jährliche Urwaldflächenverlust ist mit 15 Mio. ha unvermindert groß. Die Vereinbarung der Walderklärung und der Artenvielfaltskonvention hat bislang keinen nennenswerten Erfolg gezeigt.

8. in ihrer entwicklungspolitischen Konzeption dem Bildungssektor wieder eine erhöhte Priorität zuzumessen. Die rot-grüne Bundesregierung schenkt der besonderen Bedeutung des Bildungssektors im Hinblick auf das Erfordernis einer umfassenden Sensibilisierung der Bevölkerung in den Entwicklungsländern für Fragen der Nachhaltigkeit nicht genügend Beachtung.
9. die in Kapitel 5 der Agenda 21 genannten Fragen der Bevölkerungsentwicklung und die Beschlüsse der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 bei den Verhandlungen und Beschlüssen in Johannesburg stärker als im bisherigen Rio+10-Prozess in Diskussionen, Verhandlungen und die entsprechenden Beschlüsse einzubeziehen.
10. in enger Kooperation mit der deutschen Wirtschaft und den deutschen Nichtregierungsorganisationen einen Entwurf für einen internationalen Verhaltenskodex für multinationale Unternehmen auf Selbstverpflichtungsbasis zu erarbeiten und in den internationalen Vorbereitungsprozess für die VN-Konferenz "Rio plus zehn" einzuspeisen. Dabei sollen das Know-how und die Erfahrungen genutzt werden, die die GTZ in der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gesammelt und erfolgreich aufbereitet hat.
11. auf eine bessere Koordinierung und durchdachtere Arbeitsteilung des internationalen Systems der Entwicklungszusammenarbeit unter Einbeziehung der bilateralen Geber, der Europäischen Union, der Weltbankgruppe, des IWF, der VN einschließlich der Sonderorganisationen, der regionalen Entwicklungsbanken und der WTO hinzuwirken.
12. die internationalen Institutionen im Umwelt- und Entwicklungsbereich einer tiefgreifenden Reform zur Effizienz- und Qualitätssteigerung zu unterziehen. Die Arbeit der Globalen Umweltfazilität und der Commission for Sustainable Development (CSD) muss wesentlicher effizienter gestaltet werden. Die Strukturen des VN Umweltprogramms UNEP müssen erheblich gestärkt und die Abgrenzung und Koordinierung mit der VN-Entwicklungsgruppe, insbesondere dem VN Entwicklungsprogramm (UNDP), merklich verbessert werden. Der Informations- und Meinungsaustausch sowie die Zusammenarbeit zwischen der WTO und UNEP sowie CSD sind zu intensivieren. Auf mittlere Sicht sind die diversen VN-Umweltorganisationen wie z.B. die Globale Umweltfazilität und UNEP zum Zwecke einer organisatorischen Straffung unter dem gemeinsamen Dach einer Internationalen Umweltagentur zusammenzuführen. Gegebenenfalls ist sogar unter Einbeziehung der momentan eher kraft- und bisslosen Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eine globale Umwelt- und Sozialorganisation als Gegengewicht zur immer mächtigeren WTO zu schaffen.
13. sich auf internationaler Ebene für die Etablierung des Modells einer internationalen Sozialen Marktwirtschaft als Grundmodell für eine globale Struktur- und Ordnungspolitik einzusetzen. Nur so kann in den Entwicklungsländern und auf internationaler Ebene eine größere soziale und ökologische Balance und damit insgesamt eine höhere politische Stabilität weltweit erreicht werden. Hierfür müssen alle relevanten Politikfelder wie z.B. Außen-, Wirtschafts-, Sicherheits-, Finanz-, Forschungs-, Umwelt-, Arbeits-, Sozial-, Rechts- und natürlich Entwicklungspolitik kohärent und komplementär auf die Verankerung dieses Modells innerhalb der sich globalisierenden Weltgesellschaft ausgerichtet werden. Dabei kann man bei den Entwicklungs- und Transformationsländern auf sehr viel mehr Akzeptanz rechnen als bei marktradikalen Lösungsansätzen. Die Praxis verdeutlicht, dass die kontinental-europäischen ordnungspolitischen Vorstellungen am ehesten zu einer breiten, nachhaltigen Entwicklung führen.

14. auf der Konferenz in Johannesburg auf die Vereinbarung eines effektiven und transparenten Follow-up-Mechanismus zur zügigen Umsetzung der Konferenzergebnisse hinzuwirken. Es muss eine Wiederholung des Versäumnisses vergangener VN-Konferenzen vermieden werden, die Realisierung der jeweiligen Konferenzergebnisse mittels eines geeigneten Follow-up-Mechanismus sicher zu stellen.
15. im Dialog mit den VN-Organisationen und anderen multilateralen Gebern darauf hinzuwirken, dass die Durchführungskapazitäten und -erfahrungen deutscher Entwicklungsorganisationen vor Ort für die Umsetzung internationaler Entwicklungsprogramme besser und stärker genutzt werden.